

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

43. Sitzung
15. Mai 2014

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage 1
Vorsitz: Frau Abg. Anja Kofbinger (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung um den neuen Punkt 5 gemäß der Mitteilung zur Einladung einvernehmlich zu.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Frau StS'in Loth (SenArbIntFrau) beantwortet die Frage von

Frau Abg. Kofbinger (GRÜNE)	Wann genau legt die Senatsverwaltung die Ausführungsvorschrift zum LGG vor, die sie für spätestens 30. Juni in Aussicht gestellt hat und in welchem Maß fand die ausführliche Stellungnahme des Deutschen Juristinnenbundes Beachtung?
-----------------------------	--

Frau Sen Kolat (ArbIntFrau) beantwortet die Fragen von

Frau Abg. Breitenbach (LINKE)	Was unternimmt der Senat gegen die in dem Roma-Statusbericht von Neukölln aufgeführten ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse?
-------------------------------	---

Herrn Abg. Reinhardt (PIRATEN)	Warum lehnt Frau Sen Kolat Gespräche mit den Flüchtlingen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ab, wo sie doch mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz intensiv verhandelt hat?
-----------------------------------	---

Die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU verzichten auf Fragen.

Die Vorsitzende erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1002
In Sicherheit lernen

[0124](#)
ArbIntFrau
BildJugFam(f)

Herr Abg. Dr. Korte (CDU) begründet den Antrag der Koalitionsfraktionen.

Herr StS Velter (SenArbIntFrau) gibt eine Stellungnahme ab.

Herr Schulz-Hofen (SenArbIntFrau) beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss folgende Stellungnahme gegenüber dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie:

Der Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen empfiehlt den Antrag, Drucksache 17/1002, anzunehmen.

(mehrheitlich – mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1116
Einbürgerungskampagne „Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass“ auf die Berliner Oberschulen ausdehnen

[0132](#)
ArbIntFrau(f)
BildJugFam*

Herr Abg. Dregger (CDU) begründet den Antrag der Koalitionsfraktionen.

Frau Sen Kolat (ArbIntFrau) und Frau Dr. Lüke (Integrationsbeauftragte) nehmen Stellung.

Die Vorsitzende verweist auf die Stellungnahme des mitbeteiligten Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie (Anlage 2).

Auf Antrag der Fraktion der CDU stimmt der Ausschuss der Übernahme der vom Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie vorgeschlagenen Änderungen einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der Linksfraktion und der Piratenfraktion zu.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen folgende Beschlussempfehlung:

Der Antrag, Drucksache 17/1116 wird in folgender Fassung angenommen:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie ab dem Schuljahr 2014/2015 die neue Einbürgerungskampagne des Landes Berlin „Deine Stadt. Dein Land. Dein Pass“ auf alle staatlichen Gymnasien und Sekundarschulen ausgedehnt werden kann und ob dafür auch bei allen Schulen in privater Trägerschaft geworben werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.07.2014 zu berichten.

(einstimmig – mit SPD, CDU und GRÜNE, bei Enthaltung LINKE und PIRATEN)

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/1403

**Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen
Sicherheits- und Ordnungsgesetzes**

[0153](#)
ArbIntFrau(f)
GesSoz

Herr Conrad (SenArbIntFrau) gibt eine einleitende Stellungnahme ab.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss folgende Beschlussempfehlung:

Die Vorlage, Drucksache 17/1403, wird angenommen.

(einstimmig – mit SPD und CDU, bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und PIRATEN)

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache 17/1565
Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umsetzen

[0166](#)
ArbIntFrau
InnSichO(f)

Frau Abg. Dr. Kitschun (SPD) begründet den Antrag aller Fraktionen.

Frau StS´in Loth (SenArbIntFrau) nimmt Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Antrag von Abg. Bayram (GRÜNE) kommt der Ausschuss überein, ein Wortprotokoll anfertigen zu lassen.

Herr Kriminaloberrat Tangenberg (Landeskriminalamt) und Herr Korgel (SenArbIntFrau) beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Antrag von Frau Abg. Bayram (GRÜNE) kommt der Ausschuss überein, den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zu bitten, die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen zu seiner abschließenden Beratung dazu einzuladen.

Nach Aussprache beschließt der Ausschuss folgende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung:

Der Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen empfiehlt, den Antrag, Drucksache 17/1565, anzunehmen.

(einstimmig – mit den Stimmen aller Fraktionen)

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Nächste Sitzung: Donnerstag, der 12. Juni 2014, 10:00 Uhr

Über die Tagesordnung dieser Sitzung sowie der folgenden verständigen sich die Sprecher/innen in der anschließenden Sprecher/innen/runde.

2. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu der Ausschusssitzung am 25. September 2014 der Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit eingeladen werden wird.

3. Über die geplante Informationsreise werden sich die Sprecher/innen ebenfalls im Anschluss an die Sitzung verständigen.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Anja Kofbinger

Dr. Ina Czyborra